

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung (19. TA)

des Kinder- und

Jugendhilfeausschusses

am Donnerstag, 09.11.2023,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz,
51379 Leverkusen, 1. OG, Raum 107
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder des Rates und in der Jugendhilfe erfahrene und tätige Männer und Frauen

Stefan Hebbel	CDU - Vorsitzender
Lena-Marie Pütz	SPD
Christoph Kühl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Irina Prüm	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Peter Gelshäuser	OP
Cornelia Besser	FDP

Vertreter aus dem Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und dem Bereich der Wohlfahrtsverbände

Axel Zens	Arbeiterwohlfahrt
Philipp Hackländer	Diakonisches Werk

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 der Satzung für den Fachbereich Kinder und Jugend

Marc Adomat	Beigeordneter
Michael Küppers	Kinder und Jugend (51)
Hakan Ercan	Integrationsrat
Cornelia Richrath	Gleichstellungsbüro
Emine Söyleyenoglu	Stadtelternrat
Helmut Ring	Paritätischer Wohlfahrtsverband

Schriftführung:

Kai Garrett Uckert	Kinder- und Jugend (51)
--------------------	-------------------------

Es fehlen:

Jonas Dankert	CDU
Torsten Heymann	Amtsgericht
Faik Alkan	Agentur für Arbeit Leverkusen
Sören Schultes	Polizei
Marco Sahler	SPD
Agnes Dahlem	Caritasverband Leverkusen e. V.
Rolf-Peter Müller	BÜRGERLISTE
Jeanna Klossek	Ev. Jugend
Simon Kierdorf	Bund der Deutschen Kath. Jugend
Anja von Hebel	Schulen (40)
Oliver Weierstall	Kinder- und Jugendring
Petra Clemens	Förder- und Trägerverein freie Jugendzen- tren
Michael Hirth	Katholische Kirche
Dr. Josef Peters	Deutsches Rotes Kreuz
Veronika Kuffner	Evangelische Kirche

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....5
2	Niederschriften5
3	Sauberkeit in Leverkusen: Kippen sammeln für die Umwelt.....5
3.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2023 zum Antrag Nr. 2023/2500 - Nr.: 2023/2575.....5
3.2	Antrag der FDP-Fraktion vom 14.09.2023 - Nr.: 2023/25005
4	Tagespflege und PIA6
4.1	Nachhaltige Verbesserung des Ausbildungsschlüssels für Erzieherinnen und Erzieher - Bürgerantrag vom 20.10.2023 - Nr.: 2023/2559.....6
4.2	Erweiterung des Betreuungsalters und Vorfinanzierung der Ausbildung in der Kindertagespflege - Bürgerantrag vom 20.10.2023 - Nr.: 2023/25617
4.3	Übernahme Bürgeranträge Tagespflege und PIA - Antrag der FDP- Fraktion vom 26.10.2023 - Nr.: 2023/25699
4.4	Arbeitsgruppe „Attraktivierung der PIA-Ausbildungen“ - Bericht über die Arbeitsgruppenarbeit - Beschlüsse hinsichtlich des Angebotes sowie der Vergütung von Vorpraktika sowie der Bearbeitung der Praktikumsanfragen für die Kindertageseinrichtungen - Nr.: 2023/25249
5	Errichtung von Kindertagesstätten - Sachstandsvorlage - Nr.: 2023/2461 ..9
6	Anpassung der Zuschüsse für Angebote der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit in freier Trägerschaft im Anhang B des aktuellen Kinder- und Jugendförderplans - Antrag der CDU-Fraktion (stellvertretend für die Katholische Jugendagentur Leverkusen, Rhein- Berg Oberberg gGmbH) vom 31.10.2023 - Nr.: 2023/2567 10
7	Freigabe der vollständigen Grundförderung für die freien Träger mittels Aufhebung des Sperrvermerks (40.000 €) - Nr.: 2023/2568 10
8	Absicherung des niederschweligen Beratungsangebots der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe ab dem Jahr 2024 ff. - Nr.: 2023/2465 10
	Bildung für nachhaltige Entwicklung in Leverkusen – Vorstellung von Christina Kowalczyk 11

Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen.....	11
Bericht des Dezernenten	11
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 7/2023).....	11

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Er lässt über das Rederecht von Frau Kneip, die Bürgeranträge gestellt hat, abstimmen. Das Gremium erteilt Frau Kneip das Rederecht.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur 16. Sitzung (19. TA) vom 02.03.2023 mit einer ausstehenden Änderung zur Anfrage von Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) zur Kenntnis.

3 Sauberkeit in Leverkusen: Kippen sammeln für die Umwelt

3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2023 zum Antrag Nr. 2023/2500 - Nr.: 2023/2575

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Erledigung des Antrags abstimmen.

- einstimmig -

3.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 14.09.2023 - Nr.: 2023/2500 - m. Stn. v. 08.11.2023

Nach Erläuterung durch Frau Besser (FDP) gibt Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) seinen Unmut über den Antrag der FDP-Fraktion Ausdruck, was auch der Grund für den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war. Die Stadt habe bereits mehrfach derartige Reinigungsaktionen durchgeführt. Politik, Eltern und Kinder haben dort partizipiert.

Rf. Pütz (SPD) stimmt Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu. Sie hält es nicht mehr für erforderlich über den Antrag noch abzustimmen und spricht sich für eine Erledigung des Antrags aus.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), schließt sich Rf. Pütz (SPD) an und spricht sich für die Erledigung des Antrags aufgrund der Stellungnahme aus.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt sodann über die Erledigung des Antrags abstimmen.

- einstimmig -

4 Tagespflege und PIA

4.1 Nachhaltige Verbesserung des Ausbildungsschlüssels für Erzieherinnen und Erzieher

- Bürgerantrag vom 20.10.2023
- Nr.: 2023/2559

Die Tagesordnungspunkte 4.1 bis 4.3 werden verbunden beraten.

Herr Beigeordnete Adomat (Dez. IV) führt aus, dass es in der Tat so ist, dass die Mittel für die PIA-Ausbildung auch im Haushalt jetzt schon berücksichtigt werden und nicht auf die Position der Personalkosten für Kitapersonal zurückgegriffen werden müsse.

Im Jahr 2019 gab es einmalig die Möglichkeit Bundesmittel für die PIA Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher für die Ausbildungsdauer von drei Jahren zu bekommen. Danach gab es keine Bundesmittel mehr. Es ist aber in 2022, gefördert durch das Land, auch eine PIA-Ausbildung für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger dazugekommen, die auch in 2023 fortgesetzt wird. Diese Mittel werden durch die Stadt abgerufen.

2023 konnten insgesamt 24 Bewerbende den benötigten Schulplatz für den theoretischen Teil der praxisintegrierten Ausbildung als Erzieher*in vorweisen und erfüllten damit erst die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ausbildung. Von den 24 Bewerbenden, die die Voraussetzungen erfüllt haben, konnten schließlich 14 Einstellungen realisiert werden. Die verbliebenden 10 Bewerbenden haben sich entweder selbst gegen die Ausbildung entschieden und ihre Bewerbung zurückgezogen oder konnten im Auswahlverfahren nicht überzeugen.

Die Fusion der bis jetzt nötigen 2 Vorstellungsgespräche bei Schule und Anstellungsträger zu einem wäre wünschenswert und wird von Seiten der Stadt weiter verfolgt.

Herr Beigeordnete Adomat (Dez. IV) weist darauf hin, dass es lange überfällig sei, dass die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher eine duale Ausbildung wird. An dieser Stelle ist natürlich das Land insbesondere gefragt.

Herr Küppers (51) ergänzt: seit 2023 gäbe es 20 Plätze für Erzieherinnen und Erzieher und noch einmal 10 für die Kinderpflege pro Jahr. Das ergäbe auf drei Jahre gerechnet 90 Personen gleichzeitig, die sich in Ausbildung befinden. Die KiTas müssen eine ausreichende Begleitung sicherstellen können. Parallel gäbe es noch die klassische Ausbildung, den Bundesfreiwilligendienst und Praktikanten.

Herr Zens (Arbeiterwohlfahrt) spricht sich bezüglich der Anlage *Attraktivierung der PIA-Ausbildung* für eine Änderung aus. Auf Seite 12 stehe „Unter anderem meldet die Stadt Leverkusen an die Schule, welche Bewerberinnen

eingestellt werden und folglich einen Schulplatz erhalten soll.“ Er möchte die Anstellungsträger anstatt der Stadt dort eingepflegt haben. Die Ausbildung von Nachwuchskräften scheiterte tatsächlich an der Qualifikation der Bewerbungen und den Ausbildungsabbrüchen.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) fragt nach, ob alle Mittel aus dem KiBiz verausgabt werden.

Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

Frau Besser (FDP) fragt nach, ob man erhebe, was der Grund für die Ausbildungsabbrüche seien.

Herr Beigeordneter Adomat (Dez. IV) antwortet, dies werde nicht erhoben.

Nach ausführlicher Erläuterung durch die Verwaltung lässt der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), über die Erledigung des Antrags abstimmen.

dafür: 7 (1 CDU, 1 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 2 Sonstige)
dagegen: 1 (FDP)

4.2 Erweiterung des Betreuungsalters und Vorfinanzierung der Ausbildung in der Kindertagespflege
- Bürgerantrag vom 20.10.2023
- Nr.: 2023/2561

Herr Küppers (51) hält den Grundgedanken des Antrags für sinnvoll. Er glaube aber, dass dies in der Praxis zum einen so nicht umsetzbar sei und zum anderen auch nicht nützlich sei. Bei Einzeltagespflegen zum Beispiel herrsche eine so große Altersspanne, dass eine pädagogisch adäquate Betreuung für jedes Kind sehr schwierig wäre. In der Großtagespflege stellt es sich ähnlich dar. Eine Umstrukturierung der Plätze erhöht außerdem nicht die Gesamtkapazität, sodass insofern kein Gewinn erkennbar ist.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält die Idee des Antrags für nachvollziehbar. Ihres Wissens nach wurde bereits in der Satzung über die Förderung von Kindertagesgruppen verankert, dass man durchaus auch in der Tagespflege Ü3 bleiben darf, wenn es keinen Platz gibt. Das Problem sei, viele Kinder blieben nicht bis zum Alter von drei Jahren, sondern gehen bereits wieder mit zwei Jahren.

Frau Kneip (Bürgerantragstellerin) fährt mit der Erläuterung des Antrags fort.

Herr Küppers (51) erläutert die Ausbildungskosten und die Refinanzierung wie folgt:

Die Kosten von 3.200 € für 300 Stunden an Qualifizierung nach dem Qualifi-

zierungshandbuch Kindertagespflege (QHB) entstehen bei Auszubildenden ohne jegliche Vorbildung. Diese 3.200 € lassen sich aber ggf. über Bildungsgutscheine um 500 € verringern. 160 der 300 Stunden sind zudem tätigkeitsbegleitend, d. h., zu dieser Zeit findet bereits eine Vergütung der Tagespflegeperson statt. Zudem steuert das Land 2.000 € und die Kommune nochmals 600 € an Förderung bei. Es bleibt somit bei Inanspruchnahme des Bildungsgutscheins eine Eigenbeteiligung von 100 € übrig, ansonsten 500 €. Außerdem ist eine Zahlung in Form von vier Raten möglich. Die zu qualifizierende Person ist daran gebunden hier in Vorleistung zu gehen.

Ziel ist es zum einen, die Interessierten in der Qualifizierung zu halten, deren Motivation über bereits geleistete Beträge hoch zu halten und gleichzeitig etwaige Rückforderungsbescheide und damit Mehraufwand für die Verwaltung zu vermeiden. Personen mit einer Vorqualifikation müssen von den Ausbildungskosten in Höhe von 1.600 € nur 40,00 € selber tragen. Die Verrechnung der übrigen Kosten erfolgt direkt zwischen der Kommune und dem Bildungsträger. Für Kinderpfleger, die sich dafür interessieren, macht sich die Verwaltung gerade parallel auf den Weg, dass diese auch eine Fortbildung zur Tagespflegeperson machen können und hier keine Kosten tragen müssen.

An Frau Kneip (Bürgerantragstellerin) gerichtet bittet Herr Küppers (51) darum, dass alle interessierten Personen zur Verwaltung der Stadt geschickt werden sollen, um dort die Modalitäten zu erklären, wenn es ggf. Probleme bei der Vorfinanzierung der QHB-Maßnahme gibt.

Mit dieser Regelung, erläutert Frau Jarosch (51), fährt die Stadt Leverkusen konform mit vielen anderen hierzu befragten Kommunen.

Herr Zens (Arbeiterwohlfahrt) ergänzt, die Jobcenter haben die Möglichkeit, Erstausbildung und Zweitausbildung in gewissem Umfang zu finanzieren. Aber das muss die betroffene Person selbst beantragen.

Auf Nachfrage von Herrn Gelshäuser (OP) antwortet Frau Kneip (Bürgerantragstellerin), sie habe keine Zahlen, wie viele Personen aufgrund der Vorfinanzierung die Qualifizierung nicht beginnen.

Nach ausführlicher Erläuterung durch die Verwaltung lässt der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), über die Erledigung des Antrags abstimmen.

dafür:	7 (1 CDU, 1 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 2 Sonstige)
dagegen:	1 (FDP)

- 4.3 Übernahme Bürgeranträge Tagespflege und PIA
- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.2023
- Nr.: 2023/2569

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

- 4.4 Arbeitsgruppe „Attraktivierung der PIA-Ausbildungen“
- Bericht über die Arbeitsgruppenarbeit
- Beschlüsse hinsichtlich des Angebotes sowie der Vergütung von Vorpraktika
sowie der Bearbeitung der Praktikumsanfragen für die Kindertageseinrichtungen
- Nr.: 2023/2524

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hätte sich bzgl. der Verwaltungsvorlage zur PIA-Ausbildung eine Einbeziehung aller Träger für Leverkusen gewünscht. Sie möchte darüber hinaus anregen, alle Personen, die in KiTas arbeiten wollen, vom Fachbereich Kinder und Jugend (51), bei der Einstellung, zusätzlich beurteilen zu lassen.

Außerdem stellt sie die Frage, ob man in diesem Zusammenhang nicht vielleicht doch zwei halbe Stellen besetzen könne. Zur einen Hälfte durch den Fachbereich Personal und Organisation (11), zur anderen Hälfte vom Fachbereich Kinder und Jugend (51).

Herr Beigeordneter Adomat (Dez. IV) antwortet, der Fachbereich 51 sei in solchen Fragen bereits eingebunden. Die Fachlichkeit wird immer im Blick behalten.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 5 Errichtung von Kindertagesstätten - Sachstandsvorlage
- Nr.: 2023/2461

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, sie wollen alle Standorte realisieren.

Die Vorlage wird vom Ausschuss lediglich zur Kenntnis genommen. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

- 6 Anpassung der Zuschüsse für Angebote der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit in freier Trägerschaft im Anhang B des aktuellen Kinder- und Jugendförderplans
- Antrag der CDU-Fraktion (stellvertretend für die Katholische Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg Oberberg gGmbH) vom 31.10.2023
- Nr.: 2023/2567

Herr Hirth (Katholische Kirche) gibt sein Bedauern zum Ausdruck, welches vom Gremium geteilt wird, dass es nicht mehr möglich ist, als Einzelvertreter einen Antrag zu stellen. Daraufhin erläutert er den Antrag.

Herr Küppers (51) signalisiert Verständnis für die Kostensteigerung und stellt eine Auseinandersetzung damit durch die Verwaltung in Aussicht. Die KEP-Mittel beispielsweise wurden bereits dynamisiert.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 7 Freigabe der vollständigen Grundförderung für die freien Träger mittels Aufhebung des Sperrvermerks (40.000 €)
- Nr.: 2023/2568

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Sperrvermerk im Haushaltsplan wird aufgehoben, sodass die gesamte Grundförderung freigegeben und an die Einrichtungen der freien Träger in Leverkusen ausgezahlt werden kann.

- einstimmig -

- 8 Absicherung des niederschweligen Beratungsangebots der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe ab dem Jahr 2024 ff.
- Nr.: 2023/2465

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Bildung für nachhaltige Entwicklung in Leverkusen
– Vorstellung von Christina Kowalczyk

Frau Christina Kowalczyk hält den Vortrag „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Leverkusen“.

Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen

Der ausführliche Bericht wird angehängt.

Bericht des Dezernenten

Es wurde im öffentlichen Sitzungsteil kein Bericht vorgetragen.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 7/2023)

Es wurden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), schließt die öffentliche Sitzung.

gez.

Rh. Stefan Hebbel
Vorsitzender

gez.

Kai Uckert
Schriftführer